

Information zu der gemeinsamen Verarbeitung
„Mobile Polizei Kommunikation: MPK- Messenger“
gemäß § 43 Datenschutzgesetz (DSG) gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung
(DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien
Telefon +43 1 531 26-0
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Landespolizeidirektion Vorarlberg
Bahnhofstraße 45
6900 Bregenz
Telefon: +43 59 133 80-0
Fax: +43 59 133 80-1009
E-Mail: LPD-V@polizei.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 531 26-0
E-Mail (Verantwortlicher LPD): lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Leitung, Administration und Koordination von polizeilichen Einsätzen durch verschlüsseltes Versenden und Empfangen von Nachrichten über ein mobiles Anwendungsprogramm (MPK-Messenger) durch die Sicherheitsbehörden.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§ 53a Abs. 1 und 5 (iVm § 57) Sicherheitspolizeigesetz (SPG), BGBl. 1991/566 idgF

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erfüllung der Aufgabe, für die sie verwendet worden sind, nicht mehr benötigt werden, längstens jedoch nach 6 Monaten.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Österreichische Sicherheitsbehörden

Rechte der betroffenen Person:

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich des Datenschutzgesetzes (DSG):

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 32 Abs. 1 Z 4 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 44 Datenschutzgesetz.

Das Recht auf Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 45 Datenschutzgesetz.

Für Verarbeitungen im Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Art 18 DSGVO.

Das Widerspruchsrecht besteht nach Maßgabe des Art 21 DSGVO.